



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

25 JAHRE PARTNERSCHAFT II

■ ANALYSE	
Polnisch-deutsche historische Debatten Krzysztof Ruchniewicz, Breslau	2
■ GESPRÄCH	
Dem Pfau der Nationen Ein Gespräch von Adam Krzemiński (Polityka) mit Włodzimierz Borodziej über Stolz, Komplexe und Geschichtspolitik	8
■ DOKUMENTATION	
Pressemitteilung: Der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VDH) zu Begrifflichkeiten wie »polnische Konzentrationslager«	13
■ UMFRAGE	
Interesse an und Kenntnisse von der Geschichte	14
<hr/>	
■ CHRONIK	
19. April 2016 – 2. Mai 2016	16

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute
Nachbarschaft
25 lat dobrego
sąsiedztwa



Polnisch-deutsche historische Debatten

Krzysztof Ruchniewicz, Breslau

Zusammenfassung

Die Entwicklung zu einer polnisch-deutschen Verständigung wäre ohne die solide gewachsenen Beziehungen und den respektvollen Umgang zwischen den polnischen und deutschen Historikern nicht denkbar. Lange vor dem Umbruch von 1989 gab es bereits eine gemeinsame wissenschaftliche Auseinandersetzung über Fragen, die für die historischen Verflechtungen beider Staaten und Gesellschaften relevant waren. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Polen und gestärkt durch die gänzlich neuen Rahmenbedingungen des polnisch-deutschen Nachbarschaftsvertrags, trat die historische Forschung in eine neue Etappe. Ehemalige Tabuthemen werden untersucht, Aufbau und Ausdifferenzierung des institutionellen Rahmens fördern die bilaterale Zusammenarbeit und die Expertise der Wissenschaftler wird Teil der öffentlichen Debatten beider Länder. Dabei treten auch die Forschungsfelder zutage, die bisher vernachlässigt wurden oder neue Fragestellungen erfordern.

Die Jubiläen unterschiedlicher Ereignisse sind Anlass, einen Blick zurück zu werfen und darüber nachzudenken, was bereits erreicht wurde und wo noch Fragen bestehen, die in Zukunft angegangen und gelöst werden müssen. Der 25. Jahrestag der Unterzeichnung des polnisch-deutschen »Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« ist eine solche gute Gelegenheit. Mit Sicherheit werden in den kommenden Wochen viele Analysen veröffentlicht, die die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland im vergangenen Vierteljahrhundert bewerten. Ihre Autoren werden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen betrachten, sei es in wissenschaftlichen Publikationen, in Podiumsdiskussionen oder Ausstellungen.

Man kann die Frage stellen, ob es heute begründet und notwendig ist, solche Bewertungen vorzunehmen. Schließlich wurde bereits vor fünf Jahren Bilanz gezogen. Betrachtet wurde nicht nur der Stand der Beziehungen, das, was erreicht wurde, sondern es wurden auch konkrete Aufgaben benannt, die in den kommenden Jahren bearbeitet werden sollten. Ein Beispiel dafür ist die Liste von über 90 Punkten, die die polnische und die deutsche Regierung erarbeitet hatten und die umgesetzt werden sollte.

Eine neue Reflexion über den Zustand der polnisch-deutschen Beziehungen ist notwendig und fällt sicherlich anders aus als vor einigen Jahren. Seitdem hat sich nicht nur die Situation in Europa verändert, die sich mit der Nennung von vier ernsthaften Krisen charakterisieren lässt, der Finanzkrise in Griechenland (Griechenland), dem drohenden Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit), dem Krieg in der Ukraine und dem massenhaften Zustrom von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten nach Europa. Auf keine dieser Krisen hat Europa einvernehmlich reagiert. Es ist nicht gelungen, eine kohärente Politik zu entwickeln; die Spaltungen vertiefen sich und erschüttern die Fundamente der Gemeinschaft. Eindeutige Angelegenheiten wer-

den übermäßig in Zweifel gezogen, skeptische Stimmen gegenüber der Integration erscheinen fast als mild im Vergleich zu den ohne Umschweife artikulierten Feindseligkeiten ihr gegenüber.

Es besteht demnach noch eine weitere Krise, die die bereits genannten miteinander verbindet und die bewirkt, dass es praktisch unmöglich ist, ein Einvernehmen aller herzustellen. Das Problem liegt in der Identität Europas selbst, es ist eine Krise seiner Ideen und Werte. Die Gründe der westeuropäischen Staaten, sich nach dem Zweiten Weltkrieg zusammenzuschließen, haben aufgehört, ein Bindemittel und Stabilisator zu sein, auch ist die kommunistische Bedrohung aus dem Osten obsolet geworden. Die deutsch-französische oder die polnisch-deutsche Versöhnung sind wahrscheinlich keine ausreichenden Lehrstücke mehr, die als Gründe dafür dienen könnten, die nationalen Egoismen aufzugeben.

Zweifellos bleibt keine dieser Krisen ohne Einfluss auf die innere Situation der EU-Mitgliedsländer. In der Mehrheit von ihnen werden nationalistische und populistische Bewegungen stärker, die deutlich nach der Auflösung der EU und der Rückkehr der Nationalstaaten streben (was unter diesem Begriff auch verstanden werden mag). Wie sich in den letzten Monaten herausstellte, ist Polen hier keine Ausnahme. Die Übernahme der Regierung durch die europaskeptische Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und die aktuell betriebene Politik, die Beziehungen zur EU zu lockern, hat weder die Präsenz und das Gewicht Warschaus in Europa verstärkt noch die Präsenz und das Gewicht Europas. Polen verzichtet von sich aus darauf, in europäischen Angelegenheiten mitzuzusprechen, es stellt sich an den Rand Europas und das damit einhergehende politische Programm ist für die europäischen Partner nicht verständlich. Je mehr (angeblich) historische Argumente dabei in der Öffentlichkeit auftauchen, mit denen versucht wird, die aktuelle Politik zu begründen, desto mehr kann sich die Befürchtung entwickeln,

dass es nicht so sehr um die Geschichte und ihre Lektionen geht, sondern mehr um den selektiven Umgang mit ihr und sogar um Manipulation mit ihrer Hilfe.

Geschichte als polnisch-deutsche »Kontaktzone« der Historiker

Die Geschichte spielte viele Jahrzehnte lang eine wichtige Rolle in den polnisch-deutschen Beziehungen und nahm Einfluss auf die beiderseitigen Kontakte. Dies war nicht nur die Folge der komplizierten Beziehungen nach 1945, sondern auch der allmählichen Bemühungen beider Seiten, den »Fatalismus der Feindschaft« (Stanisław Stomma) zu überwinden. Dessen Anfänge reichten bis in die Zeit der Teilungen der Republik Polen zurück, aber besonders schmerzhaft hinterließ das Jahr 1939. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen legten jahrzehntelang einen Schatten über die beiderseitigen Beziehungen und sogar heute noch tauchen sie in polnisch-deutschen Diskussionen auf.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Fragen der polnisch-deutschen Beziehungen im 20. Jahrhundert und vor allem in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der ersten Nachkriegsjahre bereits vor 1989 viele Male aufgegriffen wurden. Trotz politischer Einschränkungen (Zensur, Zugang zu Archiven usw.) entstanden Institutionen und Organisationen, die unter diesen sehr schwierigen Bedingungen die Grundlage für den polnisch-deutschen Dialog schufen und sich unter den veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen nach 1989 hervorragend weiterentwickelten. Ein Teil von ihnen ist heute noch tätig. Eines dieser Foren ist die Gemeinsame Polnisch-Deutsche Schulbuchkommission, die seit den 1970er Jahren eine Plattform für Austausch und Diskussion über polnisch-deutsche Themen war.

Das Jahr 1989 stellt eine wichtige Zäsur in den Kontakten der polnischen und deutschen Historiker dar. Die politischen Beschränkungen wurden aufgehoben, die Auslandskontakte wurden nicht mehr reglementiert und immer häufiger trafen sich Wissenschaftler beider Länder an den Hochschulen und in Archiven. Die Forschungseinrichtungen, die starken politischen Einschränkungen unterlegen hatten, erhielten nun die Chance, in eine neue Etappe in ihrer Tätigkeit einzutreten. Im neuen Jahrhundert kam der Generationenwechsel hinzu. Die Gruppe von Historikern, häufig noch mit Kriegserfahrungen, die sich jahrzehntelang mit Deutschland und den polnisch-deutschen Beziehungen beschäftigt hatte, trat allmählich ab und ihre Plätze nahmen nach und nach ihre Schüler oder ganz neue Personen ein.

Ein Zeichen der neuen Zeit und Ausdruck der Fähigkeit, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, waren die ersten gemeinsamen Forschungsprojekte. Polnische Historiker wurden immer häufiger Mitglieder in wis-

senschaftlichen Gremien oder Zeitschriftenredaktionen in Deutschland und nahmen an den Tagungen der deutschen Historikervereinigung teil. Ähnlich war es umgekehrt mit den deutschen Kollegen. Heute fällt es schwer, sich Konferenzen polnischer Historiker ohne die Teilnahme deutscher Wissenschaftler vorzustellen. Im vereinigten Deutschland und in Polen begann sich die Überzeugung einzustellen, dass es wichtig sei, Institutionen zu gründen, die die Arbeit der polnischen und deutschen Wissenschaftler unterstützen. Hier wären das Deutsche Historische Institut in Warschau oder das Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften (*Centrum Badań Historycznych PAN*) in Berlin zu nennen. An den historischen Debatten nahmen auch das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt und das im Jahr 2002 als gemeinsames Projekt des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Universität Wrocław (Breslau) gegründete Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien (*Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy'ego Brandta*) teil.

Die historischen Debatten, die anfangs im nationalen Rahmen geführt worden waren, überschritten diesen Rahmen bald und führten eine neue Qualität in die wissenschaftlichen Kontakte ein. Mit der Zeit gelang es beiden Gruppen, gegenseitig Vertrauen zu fassen, was relativ schnell wichtige Folgen zeitigte. In den Auseinandersetzungen wurden nicht eine nationale Seite oder nationale Interessen vertreten, sondern es wurde schlicht über wesentliche Fragen diskutiert und wurden konstruktive Lösungen gesucht, wobei auch die ethische Dimension in Acht genommen wurde. Themen, die vor 1989 als Tabu oder als »unbequem« betrachtet worden waren, wurden nicht mehr so eingestuft. Die einzige Einschränkung war der Zugang zu den Archiven wegen der 30-jährigen Sperrfrist für die Dokumente, aber auch diese Schwierigkeiten konnten in vielen Fällen überwunden werden, was die zahlreichen entstandenen Publikationen belegen.

Im Folgenden möchte ich sechs Untersuchungsfelder skizzieren, denen in lebhaften, mitunter langen Diskussionen große Aufmerksamkeit zukam. Natürlich ist diese Auswahl subjektiv und erhebt keinen Anspruch auf Universalität. Ich möchte jedoch auf bestimmte Trends aufmerksam machen. Einer davon ist, dass in erster Linie Themen bearbeitet wurden, die bis dahin entweder nicht Gegenstand der Forschung waren oder aber instrumentalisiert worden waren. Diese Themen waren vor allem in der Geschichte des 20. Jahrhunderts lokalisiert.

Zweiter Weltkrieg – wirklich ausreichend erforscht?

Es lässt sich eine gewisse Regelmäßigkeit feststellen. Da man nach 1989 in Polen ein neues Kapitel aufgeschlagen

hat und ein günstiges Klima für die polnisch-deutschen Beziehungen schaffen wollte, gerieten Untersuchungen, die Konflikte in den beiderseitigen Beziehungen herausstellten, in den Hintergrund. Dies war außerdem eine Reaktion auf die Forschungsschwerpunkte der vergangenen Jahrzehnte wie auch in der subjektiven Überzeugung vieler Wissenschaftler begründet, dass es angesichts von Forschungsdefiziten notwendig sei, neue Forschungsthemen zu besetzen. Die Erforschung des Zweiten Weltkriegs ging daher zurück, insbesondere wurden die Themen der deutschen Verbrechen und der Okkupationspolitik in Polen umgangen, die als in der Volksrepublik Polen besonders stark erforscht galten. Es bestand auch kein Interesse, die Forschung zur Funktionsweise der Konzentrationslager fortzusetzen. Bald erwiesen sich diese Unterlassungen jedoch als folgenschwer. Die Historiker, die sich bisher mit dieser Problematik befasst hatten, widmeten sich nicht mehr der Ausbildung der nachfolgenden Wissenschaftlergeneration. Außerdem trugen die guten Beziehungen paradoxerweise nicht dazu bei, die Sprachbarrieren abzubauen. Immer häufiger traten Probleme mit den Deutschkenntnissen der Studierenden auf. Aus der Rückschau lässt sich sagen, dass es sich negativ auf das Wissensniveau über den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen ausgewirkt hat, dass diese Untersuchungen aufgegeben wurden – was aber in der Politik der neuen Öffnung in den polnisch-deutschen Beziehungen begründet lag. Vielleicht nahmen manche Probleme, mit denen wir es heute in den polnischen und den deutschen Medien in diesem Kontext zu tun haben, gerade in dieser Entwicklung ihren Anfang.

Im Falle der historischen Debatten haben wir es noch mit einem anderen Phänomen zu tun. Sie wurden zwischen polnischen und deutschen Historikern geführt, aber es gibt auch Diskussionen über polnische Themen oder die polnisch-deutschen Beziehungen, die nur in Deutschland geführt wurden. Dies ist nicht verwunderlich. Aus Sicht der polnischen Geschichtswissenschaft waren manche Themen offensichtlich und erzeugten keinen Diskussionsbedarf. Dazu zähle ich beispielsweise den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und seine Folgen. Als Illustration können die deutschen Geschichtsatlanten dienen, die Europa in den ersten Kriegsjahren darstellen. Traditionell wurde für Deutschland unter Hitler die Farbe Braun reserviert und für die UdSSR unter Stalin die Farbe Rot. Dass beide Staaten knapp zwei Jahre lang Verbündete gewesen waren, wurde farblich nicht markiert. Ein Teil der deutschen Historiografie umging diese Phase; wenn es um die deutsch-polnischen Beziehungen ging, wurde die sowjetische Politik gegenüber Polen im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs und nach der Annektierung der Hälfte des polnischen

Territoriums durch Moskau nicht berücksichtigt. Polnische Historiker machten auf dieses Problem aufmerksam, was konkrete Auswirkungen hatte. In Deutschland wurden Konferenzen durchgeführt, die Bundeszentrale für politische Bildung organisierte Diskussionen zu diesem Thema und stellte Multiplikatoren entsprechendes Material zur Verfügung.

Der schwierige und befreiende Dialog über erzwungene Bevölkerungsbewegungen

Eines der ersten »neuen« Themen, dem sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde, waren die polnisch-deutsche Verständigung und Versöhnung. Das Interesse galt der Botschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder und der Polenpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt. Kontroversen rief sein Verhältnis zur unabhängigen Gewerkschaft und gesellschaftlichen Bewegung *Solidarność*, insbesondere nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Jahr 1981, hervor. In den letzten Jahren erschienen Publikationen zu den »Paketaktionen«, das heißt der Versorgungshilfe für Polen, für die sich Bürger der Bundesrepublik und der DDR engagiert hatten. Zu diesem Komplex gehören auch Untersuchungen zum Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen und der sogenannten Versöhnungsmesse in Kreisau (Krzyżowa) im November 1989. Die Wahl Kreisaus als Ort für das Treffen mit dem polnischen Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki rief keine Kontroversen hervor, allerdings wurden und werden die Versuche, des deutschen Widerstands gegen Hitler in Polen zu gedenken, immer noch kritisch aufgenommen. Die Formulierung auf der Gedenktafel, die an das missglückte Hitler-Attentat in der Wolfsschanze erinnert, ist eines der Beispiele dafür.

Ein weiterer Untersuchungskomplex, der auf unterschiedlichen Feldern angegangen wurde, waren die Aussiedlungen der deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit. Man kann sagen, dass dies die am längsten dauernde Debatte war, die sich nicht auf Historiker beschränkte, sondern auch die Gesellschaften beider Länder miteinbezog. Die Debatte wurde auf verschiedenen Ebenen geführt. In jeder Phase nahmen sowohl polnische als auch deutsche Historiker teil. Eine wichtige Etappe war die Veröffentlichung »Niemcy w Polsce 1945–1950« [dt.: Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950: Dokumente aus polnischen Archiven], einer von den Professoren Włodzimierz Borodziej und Hans Lemberg herausgegebenen vierbändigen Sammlung von Quellenmaterial aus polnischen Archiven. Deutsche Historiker und alle an diesem Thema Interessierten hatten nun Zugang zu bisher unbekanntem Dokumenten in deutscher Übersetzung, was die überwiegend von autobiographischen Erzählun-

gen dominierte Quellenbasis enorm bereicherte. Hervorzuheben ist hier auch, dass die Quellenedition eines der ersten großen polnisch-deutschen Unternehmungen war, an denen junge Historiker aus Polen und Deutschland aktiv beteiligt waren. Eine andere Frage dagegen ist und bleibt, inwieweit die Ergebnisse dieses Projekts tatsächlich den Wissensstand beeinflussen.

Aus den Forschungen polnischer Historiker und polnisch-deutscher Forschergruppen gingen zahlreiche Publikationen hervor, die unmöglich alle in diesem Artikel genannt werden können. Ich beschränke mich daher auf zwei von ihnen. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erschien die Dokumentation der polnischen Debatte zum Thema Aussiedlung der Deutschen »Przeprosić za wypędzenie? O wysiedleniu Niemców po II wojnie światowej« [dt.: Verlorene Heimat: die Vertreibungsdebatte in Polen], herausgegeben von Klaus Bachmann und Jerzy Kranz. Sie erschien sowohl auf Polnisch als auch auf Deutsch. Es war eine der ersten Bilanzen dieser Art, die Wissenschaft, Publizistik und Reflexionen der Bürger umfasste. Eine andere wichtige Publikation war der von einem polnischen Verlag herausgegebene Atlas zu »Umsiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegung 1939–1959«. Seine polnischen Autoren betrachten das Problem der Zwangsmigration umfassend und stellen die Aussiedlungen der Deutschen neben andere Völkerverschiebungen dieser Art auf dem Territorium Polens vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Am Beispiel der Polen, Deutschen, Juden, Ukrainer und der Vertreter anderer kleinerer Nationalitäten wurde die Komplexität des Phänomens der Zwangsmigrationen entfaltet und nahegelegt, Vergleiche zu ziehen, die Schicksale der vorgestellten Nationalitäten nebeneinander zu stellen sowie die Spezifik zu erfassen. Der Atlas stieß in Polen auf großes Interesse und wurde bald ins Deutsche übersetzt. Er ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Die in Polen und in Deutschland lebhaft geführten historischen Debatten zum Thema Aussiedlung beschränkten sich aber nicht auf die Konferenzsäle. Sie wurden in vielen Gemeinden in West- und Nordpolen, das heißt in den ehemals deutschen Gebieten, Gegenstand des Interesses und Gegenstand konkreter lokaler Initiativen. Zweifellos hatten viele Polen das Gefühl, dass sie in der Phase der historischen Abrechnung und Aufarbeitung, die in einem Land wie Polen immer sehr schmerzhaft ist, sehr viel getan haben und Grund haben, stolz zu sein. Die Entwicklung der Situation in Deutschland rief Konsternation, Überraschung und Unverständnis hervor. Die Ankündigung, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen zu gründen, löste in Polen ein großes Gewitter aus. Es entstand die Angst, dass die Hervorhebung der Position der Deutschen vor

allem als Opfer der Aussiedlungen die polnischen Opfer des deutschen Terrors und der deutschen Verbrechen in den Schatten treten lassen könnte. Zusätzlich wurde durch die Eigentumsforderungen eines – wenn auch nur kleinen – Teils der Deutschen, die nach 1945 aus Polen ausgesiedelt worden waren, Öl ins Feuer gegossen. Daraufhin kam es zwischen Polen und Deutschland zu einer der größten Krisen seit 1989. Auf polnischer Seite wurde begonnen, die polnischen Verluste aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs zusammenzustellen (hier wurden zum wiederholten Male die Vernachlässigungen der vorangegangenen Jahre in diesem Bereich deutlich) und den deutschen Forderungen gegenüber zu stellen. Das Ende dieser Spirale gegenseitiger Beschuldigungen führte Bundeskanzler Gerhard Schröder herbei, der bei seinem Besuch in Warschau aus Anlass des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes (1944) die Garantie gab, dass die deutsche Regierung Eigentumsansprüche nicht unterstützen wird.

Um den Streit endgültig zu beenden, entschied die Bundesregierung, eine neue Institution zu gründen, die sich der Aufarbeitung der Zwangsmigrationen widmen sollte. Im Jahr 2008 wurde die Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« ins Leben gerufen. Ihr sollten Historiker aus Deutschland und anderen Ländern, darunter Polen, angehören. Allerdings gelang es nur teilweise, die Emotionen zu besänftigen. In den folgenden Jahren wurde die Stiftung von verschiedenen Krisen geschüttelt. Zurzeit steht eine neue Direktorin an ihrer Spitze, die, wie Pressemeldungen zu entnehmen ist, den Schwerpunkt bei der Erstellung der ständigen Ausstellung auf die Aussiedlung der Deutschen legen will. Dies ist ein Schritt zurück, die Abkehr von den vorangegangenen Diskussionen und Plänen, an denen auch polnische Historiker teilgenommen hatten. Die kommenden Monate werden zeigen, in welchem Kontext das Problem der Aussiedlung der Deutschen dargestellt werden wird, ob sich diese Version mit den Befunden der Historiker decken und welchen Einfluss dies auf die beiderseitigen Beziehungen nehmen wird. Vielleicht ist in dem großen Buch der beiderseitigen Beziehungen das historische Blatt doch noch nicht ganz so vollständig gewendet.

Polnisches Bekenntnis zur Pflege des deutschen Kulturerbes

Das Problem der Aussiedlungen der deutschen Bevölkerung war unmittelbar mit der Frage des deutschen Kulturerbes in den ehemaligen deutschen Gebieten verbunden. Diskussionen über dieses Thema kamen in Polen bereits in den 1980er Jahren auf. Ein großes Echo rief der Essay von Jan Józef Lipski, eines Literaturwissenschaftlers und Vertreters der antikommunistischen Opposition, hervor, der in diesem Zusammenhang den

Begriff des »Depositums« prägte, dessen Pflege sich die Polen zu ihrer Aufgabe machen sollten. Eine Folge dieser Diskussion war, dass die Aufmerksamkeit auf dieses Problem gelenkt und nach einem Umgang mit ihm gesucht wurde. Gleich nach dem Umbruch im Jahr 1989 begann man mit der Umsetzung. Mit der Dezentralisierung Polens und dem Aufbau der Selbstverwaltung auf lokaler und regionaler Ebene begannen viele Städte und Gemeinden in den sogenannten »Wiedergewonnenen Gebieten«, sich aufmerksamer mit ihrer Vergangenheit zu beschäftigen, insbesondere mit der ehemals deutschen. Es wurden wissenschaftliche Konferenzen organisiert und historische Monographien in Auftrag gegeben – eine solche vorweisen zu können, war sogar eine Art Ehre für die lokalen Verwaltungen. Zwar waren schon seit den 1970er Jahren Monographien dieser Städte entstanden, aber erst in der neuen Wirklichkeit und durch die finanzielle Unterstützung der Städte konnte die Geschichte in Gänze dargestellt werden. Großen Interesses erfreuten sich die Arbeiten der Schule um Karl Schlögel (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) und seiner Untersuchungsmethode »im Raume lesen wir die Zeit«. Die Arbeiten der Frankfurter Gruppe inspirierten polnische Wissenschaftler zu eigenen Untersuchungen der Geschichte der Städte in den betreffenden Gebieten. Der sogenannte offene Regionalismus feierte große Erfolge. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch verschiedene Organisationen, in denen Historiker aktiv waren und weiterhin sind, zum Beispiel *Borussia* in Allenstein (Olsztyn).

Nicht nur die Geschichte der ehemals deutschen Städte und Ortschaften riefen das Interesse der Historiker aus Polen und Deutschland hervor, sondern auch die der Grenzregionen, die nun nicht mehr aus der rein nationalen Perspektive dargestellt werden konnten. Das war – und ist – keine so selbstverständliche Angelegenheit. Die Mehrheit der von deutscher Seite unternommenen Untersuchungen wurde häufig von Historikern durchgeführt, die aus den Gebieten stammten, die seit 1945 zum polnischen Staatsgebiet gehören. Noch in den 1990er Jahren erschienen Monographien über Schlesien und andere ehemals deutsche Provinzen, deren Untersuchungszeitraum gewöhnlich mit dem Jahr 1945 endete. Auf polnischer Seite gab es lange Zeit kein explizites Bedürfnis, mit den deutschen Kollegen bei der Erforschung der Geschichte der westpolnischen Regionen zusammenzuarbeiten. Diese Situation begann sich im 21. Jahrhundert zu wandeln. Zwei Forschungsprojekte sollen beispielhaft genannt werden. Zum einen die Arbeit des deutschen Historikers Arno Herzig, der als erster das deutsche Monopol auf die Geschichte Schlesiens gebrochen und bewusst polnische Historiker zur Zusammenarbeit eingeladen hat. Daraus entstanden

zwei Monographien, und zwar die »Geschichte des Glatzer Landes« und ein Buch über die Geschichte Schlesiens. Beide Publikationen erschienen auf Deutsch und auf Polnisch. Eine andere wichtige Publikation ist die »Geschichte Oberschlesiens«, die von Joachim Bahleke, Dan Gawrecki und Ryszard Kaczmarek herausgegeben wurde. Sie ist das Ergebnis langjähriger Untersuchungen einer polnisch-tschechisch-deutschen Forschergruppe, die die erste moderne Synthese der Geschichte dieser Region vorlegte. Die Autoren hatten sich allerdings nicht das utopische Ziel gesetzt, eine einzige, gemeinsame Version der Vergangenheit zu schaffen, in der die Wunden und Härten künstlich nivelliert worden wären. Vielmehr werden die Leser auf weiterhin bestehende historische Kontroversen aufmerksam gemacht, was den Pioniercharakter dieses Unternehmens verdeutlicht. Nach Auffassung der Autoren weckten Themen wie Germanen und Slawen in Oberschlesien, die deutsche Kolonisation, die Germanisierung und die allpolnische Agitation im 19. Jahrhundert, der Sankt Annaberg, der Konflikt um das Teschener Schlesien, Vertreibung und Aussiedlung Kontroversen, die teilweise auch heute noch auftreten. Außerdem versuchten die Autoren eine Antwort auf die Frage zu geben, wer der Oberschlesier sei. Die Erstellung eines »Protokolls der Divergenzen« erwies sich als wichtige Maßnahme. Es erlaubt, die Probleme zu benennen, die eine weitere und vertiefte Diskussion erfordern. Auf der anderen Seite umgingen die Autoren den Vorwurf, eine künstlich geglättete Vision der Vergangenheit zu oktroyieren, indem sie dem Leser anheimstellten, sich selbstständig eine Meinung zu den strittigen Fragen zu bilden.

Der Komplex der Aussiedlung und der Umgang mit dem deutschen kulturellen Erbe waren untrennbar mit dem Schicksal der deutschen Bevölkerung in Polen nach 1945 verbunden. Nach den Jahren der Verleugnung ihrer Existenz wurde dieser Gruppe durch den polnisch-deutschen »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« von 1991 ein eigener Status zugesprochen. Ohne zu übertreiben lässt sich feststellen, dass die Geschichte dieser Gruppe eines der Schlüsselthemen der polnisch-deutschen Beziehungen in der Phase des Umbruchs 1989/90 war. Polnische wie deutsche Wissenschaftler interessierten ihr rechtlicher Status nach 1945, ihr Alltag, die Migrationsbewegungen in den Westen, die Repressionen. Zu diesem Themenkomplex erschienen zahlreiche Publikationen nicht nur von Historikern, sondern auch von Literatur- und Kulturwissenschaftlern und Soziologen.

Die Aktivitäten der Vertreter der deutschen Minderheit im Raum Oppeln (Opole) riefen zahlreiche historische Kontroversen hervor. Sie betrafen vor allem den symbolischen Bereich wie Denkmale oder die dop-

pelte, polnische und deutsche, Namensnennung. Manche Polen äußerten dahin gehende Vorwürfe, dass es sich um Bestrebungen der Regermanisierung dieses Gebiets handele. Heute rufen diese Phänomene keine größeren Kontroversen mehr hervor; dafür ergaben sich neue Themen zur Erforschung. In den vergangenen Jahre fanden auf Initiative der deutschen Minderheit etliche Konferenzen und Diskussionen statt, die sich der Vergangenheit dieser Gruppe, der Politik der polnischen Regierungen ihr gegenüber und den Beziehungen zwischen der deutschen Minderheit in Polen und Deutschland widmeten. Einen wichtigen Anteil an diesen Aktivitäten hat das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Oppeln und Gleiwitz (Gliwice), das regelmäßig die »Schlesischen Seminare« anbietet.

Fazit und Ausblick

Nicht alle Debatten wurden gemeinsam geführt. Ein Teil beschränkte sich auf jeweils eines der beiden Länder. Immer jedoch nahmen an ihnen polnische bzw. deutsche Historiker, vor allem als Experten, teil. Zu den Themen dieser Debatten gehörten die deutschen Entschädigungszahlungen für polnische Zwangsarbeiter, die Verbrechen der Wehrmacht bereits in den ersten Wochen des Zweiten Weltkriegs oder das Problem des Wehrdienstes polnischer Staatsbürger in der deutschen Armee. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen, sei es in Polen oder in Deutschland, war notwendig, um die Wissenslücken zu füllen, wie auch dafür, Achtsamkeit gegenüber der historischen Sensibilität des Nachbarn zu entwickeln. Aus dieser Perspektive ist auch der Auftritt des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands vom 19. Januar 2014 zu verstehen, in dem er sich unmissverständlich gegen die in den Medien in Deutschland öfter verwendete Bezeichnung »polnische Konzentrationslager« für die nationalsozialistischen deutschen Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs ausspricht.

Zweifelsohne fällt die Bilanz der polnisch-deutschen historischen Debatten positiv aus, aber bis sie abgeschlossen sein werden, ist es noch weit. Eine wichtige Zäsur bleibt das Jahr 1989. Zwar hatten sich die Kontakte zwischen den polnischen und den deutschen Historikern beider deutscher Staaten auch schon vorher entwickelt, allerdings ermöglichten die Beseitigung der politischen Spannungen, der unbeschränkte Zugang zu den Archiven und schließlich das Interesse an der Geschichte des Nachbarlandes in hohem Maße den Eintritt in eine neue Etappe. Es wurden gemeinsame Projekte durchgeführt, gemeinsame Veröffentlichungen erschienen, gemeinsam wurde der institutionelle Rahmen für die Intensivierung dieser Kontakte geschaffen. Die polnischen und die deutschen Historiker tausch-

ten, auch in methodologischer Hinsicht, ihre Erfahrungen aus, diskutierten engagiert über Schlüsselfragen der nationalen Geschichten und über die beiderseitigen Beziehungen. Die Intensivierung der Kontakte begünstigten auch Stipendien, die Forschungsaufenthalte im Nachbarland finanzierten.

Ein anderer Aspekt der Kontakte zwischen den Historikern aus Polen und Deutschland war, dass sie dank des Vertrauens, das in den alltäglichen Kontakten gewachsen ist, aktiv an öffentlichen Debatten teilnehmen konnten. Dank ihrer Fachkenntnisse und ihrer Erfahrungen konnten sie manches Mal die emotionalen Wogen glätten und die Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung befördern. Die aktive Beteiligung an der Debatte über die Zwangsmigrationen ist hier ein gutes Beispiel. Für die Zukunft wäre es wünschenswert, dass Themen bearbeitet würden, die nicht Kontroversen hervorrufen, sondern notwendig sind, um die polnisch-deutschen Spezifika zu verstehen. Dies sind beispielsweise Themen, die die Historiker selbst und die Bedingungen betreffen, unter denen vor 1989 die Diskussionen geführt wurden. Vor mehreren Jahren wurde ein Forschungsprojekt zum polnischen »Westgedanken« (*mysł zachodnia*) durchgeführt, dabei erschien die erste umfangreiche Biographie eines seiner Hauptvertreter, Zygmunt Wojciechowski. Auf dem Buchmarkt erscheint im Jubiläumsjahr auch das erste von der Polnisch-Deutschen Schulbuchkommission betreute gemeinsame Geschichtsbuch für polnische und deutsche Oberschulen.

Vielleicht erfordert die Einstellung beider Staaten zur Frage der polnisch-deutschen Versöhnung eine neue Diskussion. Ein Desiderat in diesem Bereich brachte der Direktor des Zentrums für Historische Forschung in Berlin, Robert Traba, deutlich zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit dem geringen Interesse an der gegenwärtig gezeigten Ausstellung über Kardinal Bolesław Kominek in Berlin stellte er fest: »Das Problem ist ein anderes. Weder »polnische Themen« noch (umso mehr) ein polnischer katholischer Geistlicher als einer der Mitbegründer der Idee eines »gemeinsamen Europa« passen zu den allgemein vorherrschenden Vorstellungen von der Geschichte. [...] Den Politikern und Medien liegt nichts an der Schaffung eines neuen Symbols. Ihre Pflicht haben sie erfüllt, die Ausstellung ist in Berlin zu sehen. Aber ist es nicht von Bedeutung, dass beinahe niemand sie besuchen wird?« Vielleicht erfordert unsere Beziehung zum deutschen kulturellen Erbe, und zwar nicht nur zum materiellen, dessen Akzeptanz wohl am leichtesten ist, neu durchdacht zu werden. Ein Beispiel wäre hier die bis heute fehlende Ausstellung in Kreisau, die die Geschichte der Familie von Moltke darstellen würde, der ehemaligen Eigentümerin dieses Anwesens,

ihren Alltag und die Herausforderungen, vor denen sie stand. Stattdessen haben wir im niederschlesischen Kreisau eine Ausstellung, die allgemein den polnisch-deutschen Beziehungen gewidmet ist, eine Ausstellung, die man an jedem Ort in Polen mit Erfolg zeigen könnte. Auf diese Weise aber geht die Beziehung zum konkreten Ort und seiner Geschichte verloren.

Dies sind nur Desiderate, die noch einmal aufzunehmen und zu diskutieren in der Zukunft sinnvoll wäre. Sie zeigen, dass die Beschäftigung mit historischen Themen in den polnisch-deutschen Beziehungen nicht abge-

schlossen ist. Nun, da die junge Generation heranwächst, die die *testimonials* der unmittelbaren Zeitzeugen des Kriegsgeschehens nicht mehr hören kann, werden die Angelegenheiten, die bisher als nicht diskussionswürdig oder nicht kontrovers erachtet wurden, in einem neuen Licht erscheinen. Das bedeutet, dass die Vergangenheit unserer Beziehungen sowie die Debatte über sie keine isolierte Domäne für Wissenschaftler und Passionierte ist, sondern eine notwendige Ergänzung zu unseren lebendigen Beziehungen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz, Historiker, Direktor des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław (Breslau) und Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte. Mitglied in verschiedenen Beiräten, u. a. des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Deutschlands und der polnisch-deutschen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Geschichte der europäischen Integration, Internationale Schulbuchforschung.

GESPRÄCH

Dem Pfau der Nationen

Ein Gespräch von Adam Krzemiński (Polityka) mit Professor Włodzimierz Borodziej über Stolz, Komplexe und Geschichtspolitik

Prof. Dr. habil. Włodzimierz Borodziej ist auf die europäische Zeitgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der polnisch-deutschen Beziehungen spezialisiert. Er ist Professor am Historischen Institut der Universität Warschau und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates des in Brüssel entstehenden Hauses der Europäischen Geschichte. Er wird häufig von den rechten Medien attackiert, unlängst vom Wochenmagazin »Świeci«, das ihm vorwarf, sich deutscher historischer Propaganda zu bedienen. Einen offenen Brief zur Verteidigung von Włodzimierz Borodziej unterzeichneten über 200 polnische und ausländische Wissenschaftler.

Adam Krzemiński

Es gibt die These, dass ein Vierteljahrhundert nach der Revolution von 1989 Europa von einer nationalistisch-populistischen Konterrevolution ergriffen wird.

Włodzimierz Borodziej

Auf jede Revolution folgt irgendwann die Reaktion. 26 Jahre nach der Französischen Revolution kam es zur Restauration der Monarchie der Bourbonen. Lange Zeit erkannte man in Polen und in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks vollkommen vernünftig an, dass die freiwillige Beschränkung der Souveränität des Nationalstaates im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft durch den Gewinn von Einfluss auf diese Gemeinschaft ausgeglichen wird. Für den Beitritt zur EU im Jahr 2004 gab es das Einverständnis der politischen Eliten und sogar – vom Papst erzwungen – das Einverständnis der Kirche. Im Laufe der letzten zehn Jahre begann dieses Einverständnis zu zerbröckeln.

Stichwort: Brüssel ist ein zweites Moskau.

Die Enttäuschung über die EU kann man als natürliche Reaktion werten. Es ist auch eine Folge der fortschreitenden Verbitterung über den Neoliberalismus. Wohlstand zieht Demokratie nach sich und stabilisiert sie – diese Lehre hat Europa aus dem deutschen Beispiel nach 1949 gezogen. Allerdings zeigen die ostmitteleuropäischen Länder heute, dass diese These nur von begrenztem Wert ist. Wohlstand und Demokratie müssen sich nicht notwendig unterstützen. Die Enttäuschung über die EU war vorhersehbar. Aber dass der Glaube an die Demokratie zerbricht, ist verwunderlich.

Ein Schlüsselbegriff ist die Souveränität. Zwar sind wir in der EU, aber sie darf keine normative Kraft sein, die unsere Fehler korrigieren würde.

Die, die das vertreten, haben paradoxerweise Recht. Es zeigt sich, dass die Europäische Union in der Lage ist, die Nichteinhaltung der anekdotischen Direktive über den Krümmungsgrad der Banane zu bestrafen. Aber sie verfügt über keine vorbeugenden Maßnahmen, wenn in einem Mitgliedsland die Demokratie demontiert wird. Als in Österreich Haider in die Regierung kam, hatten wir es mit einer Überreaktion der EU zu tun. Später bei Berlusconi in Italien gab es gar keine Reaktion mehr und bei Orbán in Ungarn eine sehr dezente, um nicht den Fehler wie bei Haider zu begehen. Und jetzt ist zu sehen, dass der dreistufige Kontrollmechanismus der EU eine Fiktion ist, denn es ist klar, dass es auf der zweiten Stufe aufhören wird, denn es wird sich immer ein Land finden, das gegen Sanktionen stimmt, weil es etwas auf dem Kerbholz hat.

Folglich, wenn man zu Hause tun und lassen kann, was man will, kann man sogar die Ungleichheit vor dem Gesetz einführen?

Was ist die Einteilung in bessere und schlechtere Polen denn anderes? Dagegen ist die Frage der Souveränität tatsächlich interessant. Gemäß der berühmten Definition von Carl Schmitt ist derjenige souverän, der den Ausnahmezustand verhängen kann. Folglich wäre General Jaruzelski der Vertreter eines souveränen Staates gewesen. Der Begriff der Souveränität ist also unscharf und wird mythologisiert. Und in Polen wird auf Teufel komm raus versucht, ihn mit Inhalt zu füllen. WIR zählen und nur wir, ohne die anderen zu beachten – denn sie bekämpfen uns die ganze Zeit. Timothy Snyder erinnerte unlängst daran, dass die Anerkennung des Zustands des permanenten Kampfes der Rassen (der Nationen) als natürlicher Zustand eine sowohl lange als auch fatale Tradition hat.

Seine These ist folgende: Völkermord massenhaften Ausmaßes kann sich wiederholen. Nicht auf der Grundlage des klassischen Antisemitismus...

...sondern auf der Grundlage von irgendetwas anderem. Beispielsweise der Völkerwanderung aus dem Süden in den Norden infolge der klimatischen Veränderungen und der Kriege um Ressourcen.

Das sind zumindest keine theoretischen Weitschweifigkeiten. Die Chefin der populistischen Alternative für Deutschland (AfD), Frauke Petry, sagt, dass man die Grenzen der EU sichern und sogar auf Frauen und Kinder schießen müsse, die in das gelobte europäische Land eindringen wollen. Und in der polnischen Presse gab es schon Titel wie »Das sind keine Flüchtlinge, das sind Angreifer«...

und man müsse sich vor ihnen verteidigen. Ich wundere mich immer darüber, wie wenig hier das spanische Beispiel ausgebeutet wird. An der Mauer in Ceuta, der spanischen Enklave in Afrika, kamen im Jahr 2015 »nur« hundert Menschen ums Leben. Ich möchte aber noch an einen anderen Hinweis Snyders anknüpfen. So wie für Hitler die Juden Schuld daran waren, dass sie, indem sie auf universelle Rechtsnormen pochten, sich dem *quasi* natürlichen Kampf der Rassen entgegen stellten, so wird jetzt aus der Perspektive der populistischen Rechten die Rolle des mythischen Juden von Brüssel gespielt, und zwar gleichermaßen perfide, kosmopolitisch und dem Mammon ergeben. Und in dem Versuch, die zwischenmenschlichen und internationalen Beziehungen zu »zivilisieren«, übt es faktisch eine unkontrollierte, geheime Macht im Namen der Stärksten aus.

Einer der Passierscheine in die EU war die Versöhnung der »Erbfeinde«. Das Vorbild war die Umarmung de Gaulles und Adenauers im Jahr 1962 in der Kathedrale von Reims. Aber wohl am bedeutsamsten war für Europa die polnisch-deutsche Versöhnung, zweier asymmetrischer Nachbarn, die von einer existentiellen Gegensätzlichkeit der Interessen belastet waren. Eine der Auswirkungen dieser Versöhnung war der wissenschaftlich-kritische Blick auf die Geschichte beider Nationen.

Die gemeinsame Schulbuchkommission wurde später zum Vorbild des polnisch-ukrainischen Dialogs und sogar des polnisch-russischen Dialogs. Das Resultat ist hier der hervorragende Band der gemeinsamen Kommission für schwierige Angelegenheiten.

Es wird allerdings noch viel Wasser die Weichsel und die Wolga hinunterfließen, bevor ein Äquivalent zu den neunbändigen »Polnisch-deutschen Erinnerungsorten«, herausgegeben von den Professoren Robert Traba und Hans-Henning Hahn, entsteht.

Die polnisch-russischen Erinnerungsorte können ebenfalls faszinierend sein – zum Beispiel wenn irgendwann ein Experte für die Geschichte des 19. Jahrhunderts untersuchen würde, ob bei Borodino mehr polnische Adlige auf der russischen Seite als auf der napoleonischen Seite gekämpft haben.

Dennoch rufen die Projekte der Geschichtspolitik der EU, beispielsweise die Einrichtung des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel, heftige Proteste hervor: »Das ist ein Ausverkauf der nationalen Geschichte!« Als ob man uns Grunwald [Schlacht bei Tannenberg 1410, d. Red.] wegnehmen würde.

Dieses Projekt hat ausschließlich Proteste in Polen hervorgerufen. Nirgendwo anders.

Vielleicht aus einem unbewussten Gefühl der Schwäche heraus. Unser allgemeiner Stolz auf die Vergangenheit stützt sich auf einige Daten – 1410, 1683, 1920, 1944 – und wird wahrscheinlich von der Angst genährt, dass wir in der Zusammenarbeit mit Stärkeren nicht zurechtkommen werden. Und Chopin und Curie-Skłodowska sind nur eine Zierde der postnationaldemokratischen [die Nationaldemokratie war eine der prägenden politischen Bewegungen in der Zwischenkriegszeit in Polen, d. Red.], historischen Neurose, dass wir von Feinden umgeben und im Inneren von deren Agenten bedroht sind. Jetzt wird die Rückkehr zur Geschichtspolitik proklamiert. Nicht Dialog und gemeinsame kritische Reflexion, sondern Orden abholen und historisches Marketing: das Lancieren des Regierungskanons im In- und Ausland. Wird jede nachfolgende Regierung einen eigenen nationalen Mythos aufzwingen?

Ich denke nicht. Der Glaube, dass Geschichtspolitik Gemeinschaft stiftet, ist eine Domäne der Rechten. Die *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei* [PZPR – Regierungspartei zur Zeit der Volksrepublik Polen, d. Red.] war effektiv, als sie auf die Traditionen der extremen Rechten zurückgriff.

»ONR ist die Erbin der Partei«, schrieb Miłosz...

und wenig effektiv, wenn sie in der Phase des Niedergangs Jaruzelskis die Erste und die Zweite Republik Polen mit der Verfassung des 3. Mai und der Rogatywka [traditionelle militärische Kopfbedeckung, d. Red.] rehabilitierte. Meiner Meinung nach ist Geschichtspolitik als Wunsch, ein makelloses Bild der nationalen Vergangenheit zu gestalten, ein Privileg oder eigentlich fast ein Monopol der Rechten. Alle anderen Gruppierungen, die eine Form von Geschichtspolitik betreiben, bemühen sich, die eigene Vergangenheit kritisch darzustellen und sie in einen größeren, universellen Kontext einzubetten. Oder sie interessieren sich überhaupt nicht dafür.

Wenn die Nation – nicht als mystische Blutsgemeinschaft oder als privilegierter adliger Stand, sondern als »we, the people«, Volk, als Gemeinschaft aller Bürger – eine »Erfindung« beider Revolutionen der Aufklärung, der amerikanischen von 1776 und der französischen von 1789 ist, worauf beruft sich dann die Rechte?

Auf Gott, Ehre, Vaterland und im Hintergrund auf die Familie, die Arbeit, den Gehorsam. Von den Schlagworten der französischen Revolution regt heute nicht viel die Phantasie an. Die Freiheit ist gegeben, sie muss nicht mehr erkämpft werden. An die Gleichheit glaubt niemand und an die Brüderlichkeit, auch in ihrer *light*-Version der Solidarität, noch weniger. Diese Werte sind heute »kalt«. Dagegen sind die Schlagworte, nennen wir sie die Pétainschen [frz. Marschall, Chef des mit Hitler kollaborierenden Vichy-Regimes 1940–44, d. Red.], *travail, famille, patrie*, also Arbeit, Familie, Vaterland, für viele »warme« Werte. Für einen Teil der europäischen Gesellschaften sind sie viel glaubwürdiger als die Werte von 1789, deren Symbol in gewissem Sinne die Europäische Union ist.

Der französische Historiker Emmanuel Todd betrachtet in seinem Buch über Frankreich im Jahr 2015 den Nationalismus – auch den aktuellen polnischen – als Phänomen eines verschwindenden Katholizismus. Das Schwinden der christlichen universalen Idee führt zu der Feststellung, dass eigentlich nur der permanente Wettlauf der Egoisten zählt.

Deshalb muss man ständig den Vorrang des eigenen Rechts beweisen und das Recht des Nachbarn ignorieren, denn er ist nicht ein Partner, sondern ein potentieller oder aktueller Feind. Die internationalen Beziehungen sind weniger

Zusammenarbeit als vielmehr Konflikt. Ich betone, mit einer Ausnahme. So wie vor dem Krieg bei allen nationalen europäischen Egoisten der Antisemitismus die Rechten miteinander verband, so verbindet heute die negative Einstellung gegenüber Brüssel.

Die Angst vor den Flüchtlingen und der Hass auf Brüssel verdeckt alles andere. Wenn Brüssel aufhört zu existieren, tauchen natürlich die vergangenen Gespenster wieder auf: Jeder einzelne ist schwächer als Deutschland und Deutschland wird kein europäisches Zaumzeug mehr angelegt.

Im Jahr 1989 gab es die faszinierende Überzeugung, dass es möglich ist, den »Fatalismus der Feindschaft«, wie Stanisław Stomma es ausdrückte, zu überwinden, dass der Egoismus der Nationalstaaten durch einen europäischen Rahmen zivilisiert werden kann, dass wir nicht die Geiseln der Geschichte sein müssen. Dass wir Empathie den Nachbarn gegenüber entwickeln können und uns in ihre Denkweise einfühlen können, in der Überzeugung, dass sie dies auch tun.

Und vor unseren Augen ist das zusammengefallen. In Polen findet nicht die europäische Idee die Unterstützung der Mehrheit, sondern die europäischen Subventionen. Die europäische Idee der mit den Partnern geteilten Souveränität ist von der Rechten wirksam verleidet worden. Gleichzeitig glauben die jungen Menschen, dass nicht nur Freiheit gegeben ist, sondern auch der Frieden... Sie haben nicht die Phantasie, sich vorzustellen, dass, wenn Flüchtlinge an den Grenzen Griechenlands oder Mazedoniens festgehalten werden, dieser Kessel vor unseren Augen explodieren wird.

Weil 20 Millionen Moslems, die teilweise schon Bürger der EU-Staaten sind, die unmenschlichen Bedingungen für ihre- gleichen in den Lagern im Vorgelände der »Festung Europa« nicht ruhig ansehen werden?

Das ist es nicht einmal. Die europäischen Moslems sind ja kein Monolith. Es reicht zu hören, was die Immigranten der ersten Generation über die heutigen Asylanten, was Türken über Araber und Iraner über den ganzen Rest sagen. Das Problem liegt nicht in einem potentiellen Aufstand der Moslems *intra muros*, sondern in ihrem beständigen Zustrom von außen.

Das ist der Spott der Geschichte. Die Ungarn, die 1989 den Stacheldraht am Eisernen Vorhang entfernt hatten und die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern in Bewegung gesetzt hatten, was mit dem Fall der Berliner Mauer endete, begannen im Jahr 2015 als erste, neue Grenzmauern zu errichten.

Es gibt verschiedene Versionen dieser Mauer: auf dem Balkan, an den Stränden der Ägäis, in der Südtürkei. An den ungarischen, slowenischen und österreichischen Grenzen. Die Mauer befindet sich bereits im Bau und langt auch an die Grenzen Polens. Denkt irgendjemand daran, dass wir im Falle der Destabilisierung der Ukraine den ersten Stacheldrahtverhau bei Przemyśl [Stadt in Südostpolen, d. Red.] bauen werden?

Und danach Deutschland an Oder und Neißer?

Und vielleicht wird es unvermeidlich, dass die EU ihre Tätigkeit aussetzt. Dann wird uns vielleicht bewusst, dass das Vierteljahrhundert, dass wir bis zum Jahr 2015 erlebt haben, ein »goldenes Jahrhundert« war.

In dem versucht wurde, die nationalen Egoisten der Idee der europäischen Gemeinschaft unterzuordnen?

Ohne Zweifel bleibt die Nationalgeschichte im 21. Jahrhundert der grundlegende Bezugspunkt. Für Deutschland vielleicht in einem etwas schwächeren Grad, denn mehr als die anderen wird es, wie Heinrich August Winkler sagt, ein postklassischer Nationalstaat, und trotz allem hat Deutschland seine Moslems besser als beispielsweise Frankreich integriert. Die ganze Idee des Brüsseler Europa-Museums, das hoffentlich im November eröffnet werden wird, beruht nicht darauf, künstlich eine andere historische Identität zu schaffen, die eine Alternative zu den nationalen Identitäten ist. Man ging davon aus, dass auf absehbare Zeit das nationale Denken in Europa dominieren wird. Dagegen ist das Brüsseler Projekt ein zusätzliches Angebot und nicht ein Ersatz. Das Haus der Europäischen Geschichte wurde nie in Kategorien der Nationalmuseen des 19. Jahrhunderts gedacht.

Es sollte keine Zusammenstellung von 28 nationalen Einzelausstellungen sein.

Nein. Es soll zeigen, dass Europa ein Ganzes ist und die Nationalgeschichten nur seine Teile.

Nichtsdestoweniger sind die Nationalgeschichten selbst ein historisches Produkt. Sie entstanden im 19. Jahrhundert, damals wurden Nationalmuseen, -opern, -theater und -bibliotheken gebaut. Es wurden die Mythen einer jahrhundertealten Kontinuität der Nationalstaaten geschaffen, obwohl sie ein Produkt der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege waren. Das heutige Deutschland hat mit seinen Großvätern aus der Zeit Bismarcks nicht viel gemeinsam. Die zeitgenössische deutsche Literatur gestalten deutsche Muslime mit, wohl die Hälfte der Redaktion der Wochenzeitung »Die Zeit« hat – manchmal einen sehr exotischen – »Migrationshintergrund«. Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland wird, verändert auch die Beziehung zur deutschen Vergangenheit... Nationen sind nicht aus Granit und von Gott gegeben, sie sind eine veränderliche Schicksalsgemeinschaft...

Eine solche Perspektive ist unserer Rechten vollkommen fremd. Sie möchte eher ein bestimmtes unveränderliches Bild der Nation als Fels, der feindlichen Kräften widersteht, verstetigen. Daher das Gefühl, dass die NATO das Wichtigste ist. Denn sie soll uns verteidigen. Die EU ist dagegen entsprechend unserer Rechten nur dafür gut, dass sie Geld gibt, was eine Form von Reparation für das historische Unrecht ist, das uns zugefügt wurde. Und wenn sich die Subventionen dem Ende neigen, dann soll doch alles auseinander fliegen. Das Entfernen der europäischen Fahnen von [Ministerpräsidentin, d. Red.] Beata Szydło war ein deutliches Signal. Europa sind Subventionen und so wenig Verpflichtungen wie möglich. Bestenfalls eine Freihandelszone.

Aber ohne Europa verwehrt auch die NATO, denn einem zerstrittenen und marginalisierten Europa werden die Amerikaner den Rücken zuwenden. Das ist die Rechnung Putins...

Diese Ängste werden mit der Phraseologie des »Intermarium« [poln. *Międzymorze*, Staatengürtel von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, d. Red.] verschleiert, als Echo des »dritten Europa«, in dem Polen naturgemäß die Führungsrolle zusteht, was gewissermaßen durch jedes Visegrád-Treffen bestätigt wird...

Die Ungarn behaupten, dass Orbán der Führer dieses Teils Europas ist, die Rumänen, dass sie nach unserer Abdankung eine grüne Insel sind, und keinem Tschechen wird es in den Sinn kommen, die polnische Führung zu akzeptieren.

Es geht hierbei ja nicht um die Realität, sondern um das Bild der Propaganda nach innen, an die eigene Wählerschaft. Und wer daran nicht glaubt, ist ein Pole der schlechteren Sorte. Das ist ein anachronistisches, ständisches Verständnis der Nation – wir »echten Polen«, das wäre der Adel, und sie, »die da stehen, wo ZOMO stand« [paramilitärische Einheit der Bürgermiliz in der Volksrepublik Polen, d. Red.], die moralisch Geächteten, ausgeschlossen aus der politischen Nation. Das ist ein vormodernes, prä-staatsbürgerliches Verständnis der Nation, psychologisch infantil und vollkommen unchristlich, denn es birgt keinen Platz für *mea culpa*, für ein Schuldbekenntnis, das die Bedingung für eine Reinigung ist. Unsere Rechte hat Probleme mit anderen – mit den Nachbarn – aber noch größere mit den eigenen Mitbürgern.

Die Anbetung »der eigenen«? Deshalb die schwachen Auslandskontakte, keine Freundschaften, keine Interregierungskonsultationen, denn damit verbindet sich eine, wenn auch nur psychische, Verpflichtung, den Partner zu verstehen.

Es droht die Beschädigung der abgöttischen Selbstbewunderung, die eine Tarnkappe der Komplexe und des fehlenden Selbstvertrauens ist. Es ist dies die Vorstellung, dass man einen guten Namen mit Lob erlangt und nicht damit, dass man den finsternen Seiten der eigenen Geschichte mutig die Stirn bietet. Doch größeres Prestige als das pathetische Bezugnehmen auf fortwährendes Unrecht und siegreiche Niederlagen hat Polen der Satz der Bischöfe »wir vergeben und bitten um Vergebung« eingebracht.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Polityka Nr. 10 (02.03.–08.03.2016). S. 56–58, mit freundlicher Genehmigung.

Pressemitteilung: Der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) zu Begrifflichkeiten wie »polnische Konzentrationslager«

19.01.2014

Formulierungen wie »polnische Konzentrationslager« sind Unwörter und suggerieren falsche Vorstellungen von der Verantwortung für NS-Verbrechen. Anknüpfend an den »Appell von Blois« beurteilt der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) die in Polen erwogene strafrechtliche Sanktionierung bestimmter Begriffe jedoch skeptisch. Falschen Begriffen über deutsche Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs in Polen muss in der Öffentlichkeit und in der Geschichtsdidaktik entgegengewirkt werden. (Frankfurt, den 19.01.2014)

»In einem freien Staat ist es nicht die Aufgabe irgendeiner politischen Autorität zu definieren, was die historische Wahrheit sei, geschweige denn darf sie die Freiheit des Historikers mittels der Androhung von Strafsanktionen einschränken.« Dies forderten 2008 namhafte Kulturwissenschaftler und Historiker im »Appell von Blois«. Der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) teilt die damit formulierte Sorge, dass per Gesetz institutionalisierte Staatswahrheiten »schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeit des Historikers und für die intellektuelle Freiheit insgesamt haben können«.

Die in Polen derzeit diskutierte Gesetzesnovelle, welche sehr weitreichende strafrechtliche Bestimmungen für die Verwendung bestimmter Begriffe und Behauptungen vorsieht, ist im Licht der Erklärung von Blois skeptisch zu beurteilen. Es ist vor allem die Aufgabe der kritischen Öffentlichkeit, falsche Begriffe und Interpretationen abzuwehren.

In diesem Sinne appelliert der Verband der Historiker und Historikerinnen an die deutsche Öffentlichkeit und speziell an geschichtsdidaktische Multiplikatoren, immer wieder auftauchenden falschen Redewendungen über deutsche Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs in Polen entgegenzuwirken. Der Vorsitzende des VHD, Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, sagt: »Insbesondere die – in den allermeisten Fällen auf Gedankenlosigkeit beruhende – Formulierung von »polnischen Konzentrationslagern« ist als ein Unwort zu begreifen. Dieses suggeriert eine vollkommen falsche Vorstellung von der Verantwortung für NS-Verbrechen.« Vor allem in der Geschichtsdidaktik solle konsequent gegen eine falsche Begrifflichkeit bei der Bezeichnung von Verbrechen NS-Deutschlands in den besetzten Gebieten gearbeitet werden.

Kontakt:

Dr. Nora Hilgert (Geschäftsführung)

Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V.

Goethe-Universität Frankfurt, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt, Tel.: 069 79832571,

E-Mail: hilgert@historikerverband.de

Der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands ist die Interessenvertretung des Faches Geschichte gegenüber gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Behörden, er unterstützt die internationale Vernetzung der Geschichtswissenschaft, setzt sich für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein und veranstaltet im zweijährigen Rhythmus den Deutschen Historikertag. Der VHD hat zurzeit 2.800 Mitglieder.

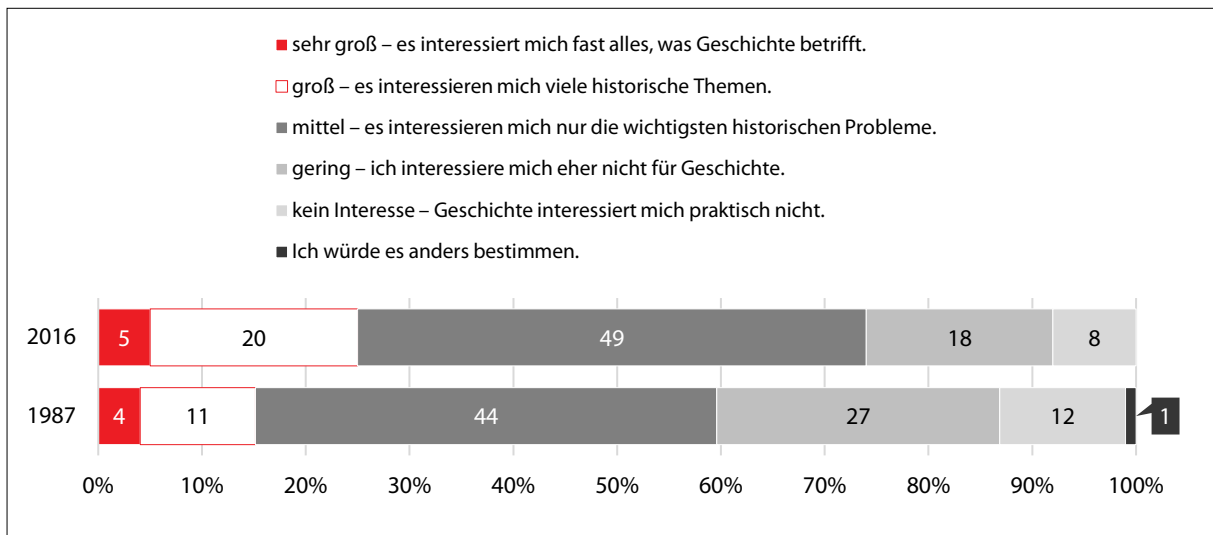
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Martin Schulze Wessel (Vorsitzender) / Prof. Dr. Johannes Paulmann (Schriftführer)

Quelle: <<http://www.historikerverband.de/mitteilungen/mitteilungs-details/article/pm-vhd-lehnt-begrifflichkeiten-wie-polnische-konzentrationslager-als-falsch-ab-zrzeszenie-histo.html>> (abgerufen am 28.04.2016).

UMFRAGE

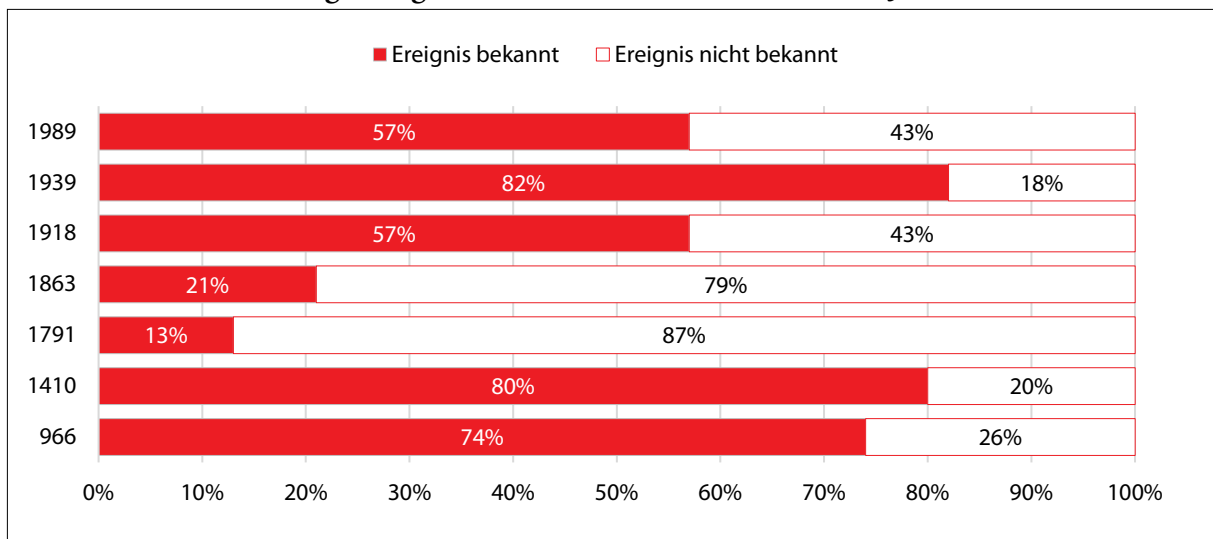
Interesse an und Kenntnisse von der Geschichte

Grafik 1: Wie würden Sie Ihr Interesse an Geschichte bezeichnen? Mein Geschichtsinteresse ist... (%)



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 68/2016: Świadomość historyczna Polaków [Das historische Bewusstsein der Polen]. Warszawa 04/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 2: Welches wichtige Ereignis in der Geschichte Polens fand im Jahr... statt?



Runder Tisch 1989; Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939; Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918; polnischer »Januaraufstand« im russischen Teilungsgebiet 1863; Verfassung vom 3. Mai 1791; Schlacht bei Grunwald [Tannenberg] 1410; »Taufe Polens« 966.

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 68/2016: Świadomość historyczna Polaków [Das historische Bewusstsein der Polen]. Warszawa 04/2016. <www.cbos.pl>

Tabelle 1: Welche der folgenden Ereignisse des 20. und 21. Jahrhunderts waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten für die Geschichte Polens? (%) *

	2009	2014	2016
die Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918	47	46	52
die Wahl Karol Wojtyłas zum Papst 1978	57	62	43
der Beitritt Polens zur Europäischen Union 2004	32	31	33
der Zusammenbruch des Kommunismus in Polen 1989	26	32	30
der Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939	21	19	23
die Entstehung der Solidarność 1980	16	14	15
der Beitritt Polens zur NATO 1999	11	10	13
das Verbrechen von Katyn 1940	9	10	10
die Gespräche am Runden Tisch 1989	8	6	10
die Schlacht von Warschau 1920	6	8	9
der Warschauer Aufstand 1944	11	8	8
die Verschiebung der Grenzen Polens nach dem Zweiten Weltkrieg	4	6	7
die Konferenz von Jalta 1945, die Zustimmung der westlichen Staaten, dass Polen zum Einflussgebiet der UdSSR gehören soll	3	5	6
der Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen 1993	5	7	5
der Einmarsch der Roten Armee in Polen am 17. September 1939	2	3	5
die Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Polen durch die NS-Besatzung	2	4	2
die Landreform 1945	2	2	1
der Oktober 1956, die Rückkehr Władysław Gomułkas an die Macht, die Abkehr von den stalinistischen Herrschaftsmethoden	1	1	1
die Gründung des »Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung« (PKWN), das Juli-Manifest 1944	1	0	0
schwer zu sagen	2	2	3

*Die Summen ergeben mehr als 100, da die Befragten drei Antworten geben konnten.

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr. 68/2016: Świadomość historyczna Polaków [Das historische Bewusstsein der Polen]. Warszawa 04/2016. <www.cbos.pl>

19. April 2016 – 2. Mai 2016

19.04.2016	Die Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Witold Waszczykowski eröffnen in Warschau das 18. Deutsch-Polnische Forum unter dem Titel »25 Jahre gute Nachbarschaft – deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft«.
19.04.2016	Präsident Andrzej Duda gedenkt in Warschau am Denkmal der Ghettohelden des Beginns des Ghettoaufstands vor 73 Jahren. Hanna Gronkiewicz-Waltz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), Stadtpräsidentin von Warschau, erinnert in ihrer Rede daran, dass vor einigen Monaten in Breslau eine Judenpuppe verbrannt worden ist sowie einige Tage zuvor in der Kathedrale in Białystok eine Messe zum 82. Gründungstag der National-Radikalen Bewegung Falanga (Ruch Narodowy-Radykalny Falanga – ONR) zelebriert wurde, in der sich der Priester u. a. für einen kompromisslosen national-katholischen Radikalismus ausgesprochen hat. Gronkiewicz-Waltz fordert von der politischen Klasse, laut Widerspruch zu erheben. Die Botschaft der jüdischen Aufständischen gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft und gegen die Beschädigung der menschlichen Würde sei weiterhin aktuell.
19.04.2016	Außenminister Frank-Walter Steinmeier legt anlässlich seines Besuchs in Warschau am Denkmal der Ghettohelden einen Kranz nieder.
20.04.2016	Der Senat verabschiedet ohne Korrekturen die vom Sejm verabschiedete Gesetzesnovelle über die Staatsforste. Sie erlaubt den Rückkauf bzw. den Vorzugskauf von privaten Waldgebieten durch die Staatlichen Forste.
21.04.2016	Bundestagspräsident Norbert Lammert empfängt Senatsmarschall Stanisław Karczewski. Lammert äußert sich besorgt über den bereits seit Monaten andauernden Konflikt zwischen der Regierung und dem Verfassungstribunal in Polen. Zudem erklärt er, dass das in diesem Jahr begangene 25jährige Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags auch Anlass sei, die besondere Verantwortung Deutschlands und Polens für die Europäische Union herauszustellen.
22.04.2016	Ministerpräsidentin Beata Szydło nimmt in New York an der feierlichen Unterzeichnung des Weltklimaabkommens teil, das im vergangenen Jahr in Paris ausgehandelt wurde und nach der Ratifizierung durch alle Länder ab 2020 in Kraft treten soll. In ihrer Rede erinnert Szydło daran, dass der Anteil der Länder der Europäischen Union am CO ₂ -Ausstoß nur zirka 10 Prozent beträgt. Um den Klimawandel aufzuhalten, müssten alle Seiten, auch die weltgrößten Volkswirtschaften, ihren Teil beisteuern.
25.04.2016	In einem fünf Punkte umfassenden offenen Brief äußern die ehemaligen Präsidenten Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski, ehemalige Minister und Persönlichkeiten des politischen Lebens, ihre Sorge darüber, dass sich Polen in Richtung Autoritarismus und Isolation bewege, und rufen die Gesellschaft und oppositionelle Gruppierungen sowie die NATO und die EU zur gemeinsamen Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaates in Polen auf.
26.04.2016	Das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy) entscheidet, dass es die Urteile des Verfassungstribunals anerkennt, auch wenn sie nicht im Gesetzblatt veröffentlicht werden. Dies trifft auch auf das Urteil des Verfassungstribunals vom März zu, in dem es die im Dezember 2015 von der Regierung verabschiedete Gesetzesnovelle zum Verfassungstribunal als nicht verfassungskonform verurteilt. Die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) lehnt seitdem die Veröffentlichung der Urteile des Verfassungstribunals mit der Begründung ab, dass sie nicht nach den neuen, seit der Reform von Dezember 2015 geltenden Vorschriften gefällt werden.
27.04.2016	Präsidentensprecher Marek Magierowski bewertet den Beschluss des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy) vom Vortag zur Anerkennung auch nicht veröffentlichter Urteile des Verfassungstribunals als Eskalation des Konflikts um das Verfassungstribunal. Präsident Andrzej Duda sei an einem friedlichen Umgang mit dem Konflikt gelegen; zunächst sollten die Ergebnisse der vom Sejm eingesetzten Expertenkommission zu dem Konflikt abgewartet werden.
28.04.2016	Der Sejm befasst sich in erster Lesung mit dem sogenannten großen Mediengesetz, das Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebracht hat. Es sieht vor, dass die Sender Polnisches Fernsehen (TVP) und Polnisches Radio (PR) sowie die Polnische Presseagentur (PAP) in »nationale Medien« umgewandelt werden. Sejm, Senat und Präsident sollen für sechs Jahre den sechsköpfigen Rat der Nationalen Medien wählen. Es soll gesetzlich verankert werden, dass einer der sechs Kandidaten von der größten Oppositionspartei bestimmt wird. Der Rat soll anschließend die Vorstände der öffentlichen Medien bestimmen. Die Oppositionsparteien Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Die Moderne (Nowoczesna) äußern heftige Kritik dahingehend, dass PiS die Medien umfassend beeinflussen wolle.

29.04.2016	Bei ihrem neuerlichen Besuch in Polen befasst sich die »Venedig-Kommission« (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) mit der im Januar verabschiedeten Novelle des Polizeigesetzes, die auch das Überwachungsgesetz betrifft. Zu diesem Zweck trifft sie sich mit Vertretern des Senats. Weitere Treffen finden mit Parlamentsabgeordneten und dem Bürgerrechtsbeauftragten statt. Eine Empfehlung der Kommission ist für Juni angekündigt; sie hat keinen bindenden Charakter.
01.05.2016	Aus Anlass des am 2. Mai begangenen Tages der Polonia kündigt Senatsmarschall Stanisław Karczewski in einer Fernsehansprache eine Gesetzesnovelle an, die polnischstämmigen Einwohnern anderer Staaten den Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft und die Niederlassung in Polen erleichtert. Darüber hinaus soll ein Regierungsprogramm speziell für die Repatriierung der Polen aus den zentralasiatischen Staaten innerhalb der kommenden zehn Jahre aufgelegt werden.
02.05.2016	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, spricht bei seiner Rede aus Anlass des »Tages der Fahne« die von PiS behauptete Notwendigkeit an, die Verfassung zu ändern. Zurzeit fände sich dafür nicht die erforderliche Parlamentsmehrheit, dies könne sich aber in der nächsten Legislaturperiode ändern. Die Fraktion Kukiz '15 äußert sich zustimmend zur Änderung der Verfassung. Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) äußert sich nach einer Stellungnahme des Fraktionschefs Sławomir Neumann kategorisch ablehnend, solange PiS die geltende Verfassung nicht respektiert.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

D-64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen